

Mohnblumen für die getöteten Palästinenser

Jewish Voice for Peace erinnert in Manhattan an die Menschen, die bei Protesten im Gaza-streifen ums Leben kamen. Die Gruppe will die jüdische Community in New York verändern

Aus New York **Dorothea Hahn**

Das kleine Megafon geht von einer Person zur nächsten. Jede sagt den Namen eines toten Palästinensers in das Megafon und legt anschließend eine Mohnblume auf den Asphalt. Als sich nach wenigen Minuten ein roter Hügel aus 111 Mohnblumen häuft, verstummt die Menschenmenge zu einer Gedenkminute. Nur die Regentropfen, die auf Schirme klopfen, und das Hupen der Autos, die im dichten Feierabendverkehr über die 3. Avenue rollen, sind noch zu hören. „Wir werden euch nicht vergessen“, sagt eine junge Frau in das Megafon, als sie das Schweigen beendet.

Zwei Tage, nachdem israelische Scharfschützen mehr als 50 PalästinenserInnen an der Grenze zu Gaza getötet und Hunderte weitere verletzt haben, sind in New York ein paar Hundert jüdische US-AmerikanerInnen zusammen gekommen. Am Mittwochabend in der Rush Hour und im strömenden Regen gedenken sie der Opfer. Die meisten TeilnehmerInnen sind jung, sie haben sich in schwarz gekleidet und sie sind so konzentriert und in sich gekehrt, als handele es sich um eine private Zeremonie.

Aber die DemonstrantInnen wollen die politisch Verantwortlichen in Israel und in den USA benennen. Und sie wollen das Kräfteverhältnis im Inneren der jüdischen Community verändern. Die OrganisatorInnen von der Friedensgruppe Jewish Voice for Peace (JVP) haben die Kreuzung an der Ecke 48. Straße und 3. Avenue nicht zufällig ausgewählt. Dort befinden sich die Büros der beiden SenatorInnen, die den Bundesstaat New York in der US-Hauptstadt vertreten. Beide gehören zur Demokratischen Partei. Aber keineR der beiden kritisiert die israelische Gewalt in Gaza.

Die jüngere Senatorin, die Feministin und Menschenrechtlerin Kirsten Gillibrand, schweigt seit dem Beginn der neuen palästinensischen Proteste und israelischen Gewalt vor sechs Wochen hartnäckig. Der ältere Chuck Schumer, gegenwärtig der starke Mann der demokratischen Fraktion im US-Senat,



geht noch weiter. „Ich wollte die Botschaftsverlegung schon vor zwei Jahrzehnten“, schrieb Schumer in einem Tweet, in dem er Donald Trump gratulierte.

„Unsere sogenannten Vertreter“, nennt eine Rednerin die beiden SenatorInnen. „Schäm dich, Schumer“, steht auf einem Transparent. Andere Transparente verlangen den sofortigen Stopp der US-Militärhilfe an Israel. „Auf welcher Seite steht ihr, Schumer und Gillibrand?“, singen die DemonstrantInnen zu der Melodie eines alten Protestliedes.

Schumer, der seit 1998 im Senat sitzt, ist einer der aggressivsten Verteidiger israelischer Politik, ganz egal, wer dort an der Regierung ist. Gillibrand ist ideologisch weniger festgelegt. Aber sie muss sich im November erneut den WählerInnen in New York stellen und sie vermeidet, wie Generationen von New Yorker PolitikerInnen vor ihr, im Vorfeld jede Israel-Kritik.

New York ist nach Tel Aviv die Stadt mit der zweitgrößten jüdischen Community der Welt. Und ihre traditionellen Organisationen stellen sich im Zweifel vor Israel. In den letzten Jahren allerdings sind Risse in der Einheit der Community aufgebrochen.

Seit den Bombardements von Gaza im Jahr 2014 beobachtet die 75-jährige pensionierte New Yorker Politikprofessorin Rosalind Petchesky, dass immer mehr junge Leute auf Distanz zu den traditionellen Positionen der Community gehen. Allein in der Friedensgruppe JVP haben sich die Mitgliederzahlen im Jahr der Bombardements verdoppelt.

„Palästinenser sollten frei sein“, steht auf dem T-Shirt, mit dem Kenan Jaffe zu der Demonstration gekommen ist. Der 34-jährige Lateinlehrer glaubte lange, dass alles, was Israels Regierung tut, „gut für jüdische Leute ist“. Diese Überzeugung geriet erst ins Wanken, als er Palästinenser kennenlernte und die unterdrückerischen Seiten Israels entdeckte. Heute ist er in der Boykottbewegung aktiv und war auch daran beteiligt, Senatorin Gillibrand von ihrer Unterstützung für einen Gesetzesentwurf abzubringen, der Israel-Boycott unter Strafe stellt.

„Es fühlt sich gefährlich an, von der Pro-Israel-Position abzuweichen“, beschreibt es ein anderer Demonstrant. Jacob Friedman ist erst seit wenigen Jahren bei der Friedensbewegung. 2015 nahm er, wie Hunderttausende

junge jüdische US-AmerikanerInnen, die Einladung zu einer kostenlosen „Birthright“-Reise an, um Israel kennenzulernen. Dort erfuhr der New Yorker, dass Israel für ihn „Zuhause“ sei, aber von den Rechten der PalästinenserInnen war keine Rede.

Wie groß der Druck bleibt, machen ein paar GegendemonstrantInnen deutlich. Sie hal-

Stiller Protest auf Manhattans Asphalt
Foto: Eduardo Munoz/reuters

Neue Luftangriffe auf Gazastreifen

Israels Militär hat in der Nacht zum Donnerstag mehrere Luftangriffe auf den Gazastreifen geflogen. Ziel seien Einrichtungen der Hamas gewesen, teilten die Streitkräfte mit. Getroffen wurden demnach mehrere Gebäude, Infrastruktur in einem Hamas-Militärkomplex und ein Waffenwerk. Nach Angaben des örtlichen Gesundheitsministeriums wurde ein Mensch verletzt. Die Armee bezeichnete die Angriffe als Reaktion auf Maschinengewehrfeuer auf die Ortschaft Sderot an der Grenze zum Gazastreifen. (dpa)

ten ein Transparent mit der Aufschrift hoch „Dank Gott haben wir Trump“. Und jedes Mal wenn die DemonstrantInnen eine Mohnblume für einen der 111 seit März getöteten PalästinenserInnen auf den Asphalt legen, skandieren sie laut dagegen, „Israel ist die jüdische Heimat“.

aufreger

Notruf in Frankreich: Häme statt Hilfe und dann ein tödlicher Herzinfarkt

Mehr als tausend Menschen sind am Mittwochabend schweigend durch das Zentrum von Straßburg marschiert. „Wahrheit und Gerechtigkeit für Naomi“ stand auf dem Transparent an der Spitze des würdevollen Umzugs. Auch in Paris und Valence fanden Gedenkmärsche für Naomi Musenga statt.

Der Tod dieser 22-jährigen Mutter einer 18 Monate alten Tochter hat Frankreich empört. Anlass ist die schockierende Antwort, mit der ihr bei der Notrufnummer 15 die benötigte Hilfe verweigert wurde. Ihre aus dem Kongo stammende Familie klagt vor Gericht gegen die zuständigen Gesundheitsdienste in Straßburg wegen unterlassener Hilfeleistung.

Die Eltern nahmen am Schweigemarsch in Straßburg teil, in einer Ansprache mahnten sie die Anwesenden, im Gedenken an Naomi Ruhe zu bewahren. „Weil Naomi nicht mehr sprechen kann, haben wir das Wort ergriffen“, sagte die Mutter. Womöglich wären die skandalösen Umstände von Naomis Tod nie publik geworden, wenn ihre Eltern nicht mit einem Anwalt verlangt hätten, um alle Unterlagen einsehen zu können. Der makabere Ausgangspunkt war, dass das Krankenhaus in Straßburg allem Anschein nach etwas zu vertuschen hatte.

Obwohl es in einem solchen Fall normal wäre, mit einer Autopsie die Todesursache abzuklären, blieb Naomis Leiche fast eine Woche ohne Kühlung. Als ihr Vater sie vor einer Autopsie sehen durfte, befand sich der Körper nach seinen Angaben in einem Zustand der fortgeschrittenen Verwesung. Erst Monate später erhielt die Familie Kenntnis von dem Gespräch zwischen Naomi und einer Telefonistin der Notrufnummer 15. Als Naomi Musenga anrief, bekam sie eine höhnische Antwort. Wenig später starb sie an den Folgen von zwei Herzinfarkten. Das geschah am 29. Dezember 2018.

Erst heute weiß man, dass ihr Tod nicht einer Unachtsamkeit oder einer Fehlinterpretation geschuldet war. Ihr Fall schockiert ganz Frankreich, er wirft über den individuellen Skandal hinaus auch Fragen zur Organisation der medizinischen Nothilfe und der Arbeitsbedingungen bei den zuständigen Diensten auf.

Im Fernsehen, Radio und auf Online-Diensten kann Naomis Hilferuf gehört werden. Sie sagt zwei Mal der Telefonistin: „Helfen Sie mir, Madame, ich habe große Schmerzen.“ Und sie erhält die Antwort: „Dann rufen Sie einen Arzt an!“ Als Naomi um Hilfe fleht und sagt, sie werde sterben, wird sie mit zynischem Hohn abgewiesen: „Natürlich werden Sie sterben, eines Tages, wie wir alle.“ Nochmal empfiehlt die Beantworterin Naomi, einen Arzt anzurufen.

Damit hat die Notrufbeantworterin nicht nur gegen Regeln verstoßen, die sie verpflichtet hätten, bei Zweifeln den Anruf an die ebenfalls anwesende Ärztin oder den Arzt weiterzuleiten. Nachträglich versucht sie ihre Schuld durch eine totale Überlastung zu relativieren. Auch Naomis Eltern sind diese Arbeitsbedingungen bekannt. Ein Trost ist das für sie nicht.

Rudolf Balmer, Paris

taz  **abo**



Aboprämie*: Die faire Maus. Fair und nachhaltig produzierte Produkte kann man in der IT-Branche mit der Lupe suchen. Diese grün leuchtende Maus ist ohne Ausbeutung produziert und das fairste elektronische Gerät, das es gibt. Mehr Infos unter www.nager-it.de

Print-à-porter

Unabhängiger taz-Journalismus. Getragen von Vielen.

Die taz ist einzigartig in der deutschen Presselandschaft, konzernunabhängig und getragen von der taz Genossenschaft. Der taz Solidarpakt ermöglicht es vielen, die taz zu abonnieren.

Wer wenig hat, zahlt unseren ermäßigten Preis von 31,90 €/Monat, wer es sich leisten kann, zahlt mehr und bekommt eine Prämie: Standardpreis 50,90 €/Monat oder Politischer Preis 62,90 €/Monat.

Weitere Prämien unter taz.de/paemien
T (030) 25 90 25 90 | abomail@taz.de

* Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr, zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.

TAZ VERLAGS- UND VERTRIEBS-GMBH, RUDI-DUTSCHKE-STR. 23, 10969 BERLIN